

# Streitzeit

Nr.11  
24.08.2010

## ■ Anschlag auf unser Gesundheitssystem

2009 hat Gesundheitsminister Rösler eine weitreichende und sozial gerechte Reform des Gesundheitswesens angekündigt. Was nun als Konzept auf dem Tisch liegt, ist das Gegenteil: kurzsichtig und ungerecht. Weitreichend ist daran höchstens eines: die Unverfrorenheit, die Versicherten dermaßen einseitig zu belasten!

### Kopfpauschale hintenrum

Da ist zunächst die Betragserhöhung von 14,6% auf 15,5%. Hier soll das Geld von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geholt werden, weil sich die Bundesregierung nicht traut, an die Pharmaindustrie heranzugehen.

Weiter geht es mit dem unbegrenzten Zusatzbeitrag, der auf der nach oben offenen „Rösler-Skala“ ausschließlich von den Versicherten erbracht werden soll. Die Arbeitgeber werden hier völlig verschönt. Sie müssen keinen zusätzlichen Beitrag zur Finanzierung leisten. Mehr noch: Der Arbeitgeberbeitrag soll für alle Zeiten eingefroren werden. Dieser Zusatzbeitrag für die Versicherten ist nichts anderes als eine durch die Hintertür eingeführte einkommensunabhängige Kopfpauschale!

### Die Finte Sozialausgleich

Für Geringverdienende soll es, so sagt es Minister Rösler, einen gerecht gestalteten und unbürokratischen Sozialausgleich ge-

ben, um die Mehrbelastung abzufedern. Diese sogenannte Überforderungsklausel soll aber erst bei einem Zusatzbeitrag von 2% des sozialversicherungspflichtigen Einkommens greifen. Bisher beträgt der Zusatzbeitrag überhaupt nur 0,9 %.

Wie auch immer dieser Sozialausgleich letztlich aussehen wird, und ob es ihn überhaupt geben wird: Praktisch wird die Belastung für die Beitragszahler weit höher sein, als durch einen Sozialausgleich abgedeckt wird.

### Versicherte vertreiben

Der Zusatzbeitrag und die Betragserhöhung werden auf lange Sicht die weiterhin explodierenden Kosten des Gesundheitssystems nicht stoppen. Im Gegenteil: Sie eignen sich bestens, um die freiwillig gesetzlich Versicherten in die Arme der privaten Krankenversicherungen zu vertreiben.

Wenn dann auch noch der Plan umgesetzt wird, die Einkommensgrenze für eine Pflichtmit-

gliedschaft zu senken, droht der GKV ein wahrer Aderlass an starken Beitragszahlern.

Zusammengenommen lassen diese Pläne nur einen Schluss zu: Hier wird ein bewusster Anschlag auf das Fundament der Gesetzlichen Krankenversicherung verübt!

### Seehofers Gretchenfrage

Da fragt man sich: Wo sind denn eigentlich die brüllenden Löwen der Staatsregierung? Seehofer und Söder? Noch im Frühjahr sparten sie nicht mit Beschimpfungen Richtung FDP, als es um die Kopfpauschale ging.

Jetzt ist die Kopfpauschale da, in Form des unbegrenzten Zusatzbeitrags. Seehofer und Söder schweigen. Haben sie klein beigegeben? Es geht um Seehofers Glaubwürdigkeit, um seine ganz persönlichen Gretchenfrage: die Kopfpauschale

Wir fordern Horst Seehofer auf: Stoppen Sie dieses gefährliche Spiel mit der solidarischen Krankenversicherung!

## ■ Eine Versicherung für alle Bürger

Wir brauchen keine Demontage, sondern eine Weiterentwicklung unseres solidarischen Gesundheitssystems: Das beste Konzept ist und bleibt die Bürgerversicherung.

Mit ihr gelingt es, die Einnahmehbasis dauerhaft zu verbreitern. Wenn mehr (gut verdienende) Versicherte einzahlen, ist auch mehr Geld im System. Alle Einkommensarten müssen zur Finanzierung des solidarischen Gesundheitssystems beitragen.

Der DGB und die Gewerkschaften werden weiter konsequent für eine Bürgerversicherung eintreten. Für unsere Forderung haben wir 73% der Bevölkerung hinter uns. Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung gegen den Willen des Volkes unser solidarisches Gesundheitssystem zerstören will.

Im Herbst steht eine Entscheidung über die Gesundheitsreform an. Wir fordern: Die Abschaffung des Zusatzbeitrags, den gleichen Beitragssatz für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze – und eben die Bürgerversicherung. Wir setzen uns ein für einen Kurswechsel: Gerechtigkeit.



Die DGB-Kampagne Köpfe gegen Kopfpauschale: [www.stoppauschale.de](http://www.stoppauschale.de)



ViSdP Timo Günther  
DGB-Bezirk Bayern  
Schwanthalerstraße 64  
80336 München  
Telefon: 089-51 700-210  
Telefax: 089-51 700-211  
E-Mail: [bayern@dgb.de](mailto:bayern@dgb.de)  
Homepage: [www.bayern.dgb.de](http://www.bayern.dgb.de)